

# Schweiz



Artilleriewerk Waldbrand im Berner Oberland: Bei den Rüstungsgeschäften der Schweizer Armee kommt es immer wieder zu Unstimmigkeiten. Foto: Peter Frischmuth (Argus)

## Planer und Lieferant in Personalunion

Irreführende Angaben auf Rechnungen und ein externer Planer, der zugleich Lieferant ist: Die Inspektoren stossen bei einem Beschaffungsgeschäft der Armee auf zahlreiche Mängel.

**Christian Brönnimann**  
Bern

Die Schweizer Armee tut sich schwer mit ihren Einkäufen. Einerseits gab es in den letzten Jahren zu wenig beschaffungsreife Geschäfte, um Rüstungskredite auszuschöpfen. Andererseits geben grosse Geschäfte immer wieder Anlass zu Kritik. Vorläufiger Höhepunkt war der letztes Jahr vom Volk gestoppte Kauf neuer Kampfjets. Doch auch bei Beschaffungen von Kleinmaterial kommt es zu Problemen. Das zeigt ein Bericht des Inspektorats des Verteidigungsdepartements (VBS), den das Departement kürzlich auf seiner Internetsite veröffentlicht hat.

Das Inspektorat wurde aktiv, weil sich ein Whistleblower bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle gemeldet hatte. Dieser äusserte den Verdacht, dass es bei einem Projekt, in dem unter anderem 120 mobile Entfeuchtungsgeräte für Anlagen der Armee beschafft wurden, zu Unstimmigkeiten gekommen sei.

### 100 Rechnungen kontrolliert

Eigentlich hätten die VBS-Inspektoren damit gerechnet, die Angelegenheit in ein bis zwei Arbeitstagen erledigen zu können. Doch daraus wurde nichts. Weil sich immer neue Fragen ergaben, überprüften sie schliesslich rund 100 Rechnungen und nahmen in mehreren militärischen Anlagen einen Augenschein. Trotz des Aufwands konnten sie aber «weder die Nachvollziehbarkeit der erhaltenen Unterlagen noch die Korrektheit und Übereinstimmung zwischen Leistungen und Fakturierung vollständig bestätigen», wie sie im Bericht schreiben. «Dolose Handlungen», also vorsätzliche Gesetzesverstösse, seien aber ebenfalls keine gefunden worden.

Zuständig für Einkäufe der Armee ist die Abteilung Armasuisse. Diese hat die Leitung des Projekts «Ersatz Kältemittel», in dessen Rahmen die Entfeuchter beschafft wurden, an eine externe Firma abgetreten. Für die eigentliche Planung, Überwachung und Abnahme der Arbeiten wurde eine zweite, auf Klimatechnik spezialisierte Firma engagiert. Diese zweite Firma ist zugleich Lieferantin der mobilen Entfeuchter.

Diese Konstellation ist problematisch. Die Klimatechnikfirma nehme «eine Stellung ein, die der Transparenz und möglichen Kosteneinsparungen im Geschäft nicht zuträglich sind», schreibt das Inspektorat. Kritisch sei insbesondere, dass die Firma «als Planungsin-stanz wesentlich (mit)beeinflussen kann, wo solche Geräte zum Einsatz kommen, und sie dann gleichzeitig noch liefert». Für das Inspektorat ist nicht nachvollziehbar, weshalb Armasuisse überhaupt die Dienste der Firma für den Kauf der Entfeuchter in Anspruch nimmt. Unmissverständlich hält es fest: «Für den Einsatz dieser Geräte braucht es keine Planerleistungen.» Es stelle sich die Frage, weshalb Armasuisse die Geräte nicht direkt beim Lieferanten bestelle, was günstiger wäre.

Armasuisse widerspricht dieser Darstellung. Die Geräte seien von der Firma zu speziell günstigen Konditionen angeboten worden, genau 3123 Franken pro Stück. So sei kein Mehrpreis gegenüber einer Direktbeschaffung entstanden, teilt eine Sprecherin mit. Die Planungsarbeiten durch einen Ingenieur seien notwendig geworden, «da die verschiedenen Anlagen zuerst besucht werden

mussten. Dann wurde entschieden, wo mobile Geräte eingebaut werden sollen.»

### Geräte am falschen Ort

Gemäss dem Inspektionsbericht fanden in jeder Anlage durchschnittlich vier Besuche statt. Der Zeitbedarf sei zwar nachvollziehbar, schreibt das Inspektorat, jedoch könne «die Angemessenheit der geltend gemachten Stunden nur beschränkt» beurteilt werden, da aus den Unterlagen nicht hervorgehe, für welche Objekte die jeweiligen Leistungen offe-riert worden seien.

Das ist einer der beanstandeten Mängel bei der konkreten Abwicklung des Geschäfts. Hinzu kommen Unstimmigkeiten bei der Rechnungsstellung. Jede fünfte der rund 100 untersuchten Rechnungen der Klimatechnikfirma führte bei den Inspektoren zu Rückfragen. Bei einigen fügte der Projektleiter nachträglich von Hand Änderungen ein, einmal auch, um das Honorar für die Firma pauschal zu erhöhen. Andere enthielten «textliche» Fehler, Rechnungsfehler und sonstige Unklarheiten. So war beispielsweise nicht ersichtlich, welches Gerät mit welcher Rechnung bezahlt worden ist. Summarisch mahnt das Inspektorat:

«Irreführende Angaben auf den Rechnungen sind nicht zu akzeptieren.»

Ein weiteres Problem ergab sich bei der Kontrolle, ob sich die gekauften Entfeuchter am richtigen Ort befinden. So gab der Projektleiter gegenüber den Inspektoren an, 20 Geräte seien noch nicht installiert, sondern befänden sich im Lager der Klimatechnikfirma. Als die Inspektoren diese besichtigen wollten, stellte sich heraus, dass sie noch gar nicht geliefert wurden, sondern noch immer beim Hersteller lagen - obwohl sie bereits drei Monate zuvor in Rechnung gestellt worden waren. Auch hier ist der Kommentar des Inspektorats klar: «Vorauszahlung ist nicht gestattet.»

Die Armasuisse-Sprecherin schreibt, die Empfehlungen des Inspektorats seien mit den Projektbeteiligten besprochen worden. Zu deren Umsetzung seien «Massnahmen aufgelistet, eine verantwortliche Person zur Umsetzung und die vorgesetzte Stelle mit der Kontrolle beauftragt» worden.



[Download Der VBS-Bericht zu den Armasuisse-Beschaffungen](#)

[armasuisse.tagesanzeiger.ch](http://armasuisse.tagesanzeiger.ch)

## SP und GLP liegen sich in den Haaren

Die Energiesteuer-Initiative spaltet das Ökolager. Ein Teil davon bekämpft mit SP-Hilfe das Anliegen. Dies schade der Energiewende, sagt die GLP.

**Stefan Häne**

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer», so werben die Grünliberalen, sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Energiewende. Und dennoch: Das Ökolager steht nicht geeint hinter dem Ansinnen, das die nicht erneuerbaren Energien verteuern und im Gegenzug die Mehrwertsteuer abschaffen will. Während die Initiative den Support der Umweltverbände Greenpeace, WWF und VCS geniesst, hat der grüne Wirtschaftsverband Swissecleantech für den Urnengang vom 8. März Stimmfreigabe beschlossen. Gar ein Nein empfiehlt die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE Suisse). Beide Organisationen begrüssen den Kern der Initiative: fossile Energieträger zu verteuern und so die erneuerbaren Energien zu stärken. Problematisch sei hingegen die Kopplung von Energie- und Fiskalpolitik.

Dass sich die AEE Suisse offen gegen die Initiative ausspreche, sei kaum Zufall, sagen GLP-Exponenten: Mit Eric Nussbaumer präsidiert ein SP-Nationalrat die Dachorganisation - und damit ein Vertreter jener Partei, welche die Initiative ablehnt. Die SP befindet sich damit in guter Gesellschaft mit den bürgerlichen Parteien. Nur die Grünen marschieren an der Seite der Grünliberalen.

Nussbaumer selber hat in den Medien die Initiative wiederholt gebrandmarkt - was Martin Bäumle nun zu einer Spitze gegen den Sozialdemokraten provoziert: «Er wird damit zum willfähigen Helfer der Gegner der Energiewende.» Die Vertreter der Linken verbinden sich laut Bäumle so mit den Exponenten der rechten Baubranche, welche beide stark vom heutigen Subventionssystem profitieren würden. Bäumle spielt damit auf die kostendeckende Einspeisevergütung an, mit der die Politik den Ausbau erneuerbarer Energien fördert. Davon profitiert unter anderem die Adev-Energiegenossenschaft, wo ein Sozialdemokrat als Verwaltungsratspräsident am-tet: Eric Nussbaumer.

### Abstimmung mit Signalwirkung?

Der SP-Nationalrat verwahrt sich gegen den Vorwurf: «Kollege Bäumle weiss genau, dass ich eine verlässliche und sorgfältige Politik für die Energiewende betreibe.» Seine ablehnende Haltung begründet Nussbaumer mit «rein sachlichen Argumenten»: Steuern dienen der Finanzierung staatlicher Aufgaben und hätten sich an den zu finanzierenden Aufgaben zu orientieren. Als sinnvoller bezeichnet Nussbaumer daher ein haushaltneutrales Lenkungssystem, wie dies der Bund ab 2020 einzuführen plant. Anders als die GLP-Initiative diene ein solches Lenkungssystem ausschliesslich einem umweltpolitischen Ziel.

Nussbaumer und mit ihm die SP unterstützten letztes Jahr denn auch einen Antrag für einen Gegenvorschlag zur GLP-Initiative, der in etwa den aktuellen Plänen von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) für eine Energielenkungsabgabe entsprochen hätte. Die Mehrheit des Parlaments setzte sich jedoch gegen das rot-grüne Lager durch. GLP-Exponenten witterten darin ein taktisches Manöver, weil keine Partei den Grünliberalen einen Erfolg gönne, schon gar nicht im Wahljahr. Möglicherweise ist die Ablehnung aber ein Vorzeichen dessen, was Nussbaumer befürchtet: «Es wird ein zähes Ringen um die Lenkungsabgabe geben.» Entscheidend dürfte sein, wie sich die Mitteparteien BDP, CVP und EVP dannzumal positionieren.

Vor diesem Hintergrund halten es GLP-Exponenten für taktisch unklug, dass ein Teil des Ökolagers ihre Initiative offen bekämpft. Denn je kleiner am 8. März der Zuspruch sei, desto schwerer hätten es künftig ähnliche Anliegen. Nicht zuletzt deshalb erhält die Initiative Sukkurs, etwa von der Unternehmerinitiative Neue Energie Bern, die pikanterweise der Berner Ableger der AEE Suisse ist. Doch ihr Präsident ist kein Sozialdemokrat, sondern der Berner Nationalrat Jürg Grossen - ein Grünliberaler.